Besprechung am 23.10.2018 in Neustadt/Sachsen
Ort: Rathaus Neustadt/Sa. Markt 1, 01844 Neustadt/Sa.

Thema: Bau der Staatsstraße S159 Lobendava-Neustadt(Langburkersdorf)

Teilnehmer:
Herr Oldřich Bubeníček (Präsident des Bezirkes Ústí)
Herr Bürgermeister Peter Mühle
Herr Michael Schmidt (Leiter Amt für Stadtentwicklung und Bauwesen)
Herr Jiří Aster (Vorsitzender der Kreiswirtschaftskammer Ústí)
Herr Ronald Faß (Abteilungsleiter, Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen)
Herr Henrik Saske (Referent, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ref. 62)
Frau Christina Ruge (Referentin, Sächsischen Staatskanzlei, Ref. 23

Ausgangslage:

Die Straße ist Gegenstand des Landesverkehrsplanes Sachsen zu der sächsisch-tschechischen Konzeption zu Grenzübergängen aus dem Jahr 2006

- 2007 hat der Stadtrat von Neustadt das Vorhaben abgelehnt, die Stadt hat daraufhin kundgetan, dass sie eine entsprechende Planungsvereinbarung nicht unterzeichnen werde.
- 2014 wurde der Vorentwurf durch das LASuV fertig gestellt.
- 2014 hat das SMWA wegen der ablehnenden Haltung der Stadt veranlasst, die Planungen einzustellen.
- In Veranlassung der Sächsisch-Tschechischen Arbeitgruppe am 12. April 2018 wurde vorgeschlagen, dass die tschechische Seite nochmals den Kontakt mit der Stadt Neustadt sucht, um deren aktuelle Haltung in Erfahrung zu bringen bzw. zu beeinflussen. Herr MP hat diesen Vorschlag ebenfalls Herrn Bezirkspräsidenten Oldřich Bubeníček übermittelt und er hat ihn aufgegriffen.
- Herr StM Martin Dulig hat mit Schreiben vom 15. August 2018 an den tschechischen Verkehrsminister Dan Ťok zugesagt, „die gegenwärtigen Optionen einer Wiederaufnahme der Planung neu zu überprüfen“.

Diskussion:

Die tschechische Seite und der Vertreter von Staatsregierung und LASuV erklären weiterhin die Absicht, das Vorhaben zu verwirklichen. Sachsen möchte dabei die Anliegen der Gemeinde respektieren.

Hintergrund der ablehnenden Haltung von Bürgerinitiative und Stadtrat ist die Sorge vor zu starker Verkehrsbelastung – insbesondere von Schwerverkehr – und der Wunsch nach Alternativstrecken außerhalb der Ortslage (Der größte Teil der S159 liegt bereits jetzt außerhalb der Ortslage).

Diskutiert wird daher eine Verkehrsbeschränkung auf 7,5t. In Sachsen wäre dafür das LRA Sächsiche Schweiß-Osterzgebirge zuständig. Auf der tschechischen Seite ist es der Bezirk. Herr Bubenicek erklärt, dass seine Behörde in der Lage ist, eine solche Anordnung zu erlassen, die dann natrürlich auch für den sächsischen Abschnitt der Straße zu beschildern wäre.

Hinsichtliche der Alternativvarianten wird anhand eines Plans gezeigt, dass im Rahmen der Entwurfsplanung zahlreiche Varianten untersucht worden sind. Der Variantenvergleich hat sehr eindeutig den Ausbau im Bestand als beste Möglichkeit ausgewiesen. Verkehrswirksamkeit, mit Abstand geringste Kosten und die vermiedene Flächeninanspruchnahme in geschützten Gebieten sprechen dafür.

In Anbetracht der Verkehrsprognose von 2500 Kfz pro Tag wird seitens der Straßenbauverwaltung dargelegt, dass weder eine baurechtlichen Planrechtfertigung noch die Finanzierung für eine

Neubautrasse realistisch scheinen. Stattdessen sollte der Ausbau im Bestand so geplant werden, dass er auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht mimmt und auch baulich für Schwerverkehr ungeeignet bleibt.

Ergebnisse:

Herr Bürgermeister Mühle erklärt sich bereit, das Vorhaben erneut in den Stadtrat einzubringen, soweit er gegenüber dem Stand von 2007 neue Sachverhalte vortragen kann.

Sachsen und der Bezierk Usti unterstützen die Vorbereitung einer solchen Stadtratsvorlage durch die erforderlichen Informationen.

Das LASuV übergibt den Plan mit der Darstellung der Variantenuntersuchungen
Das LASuV prüft/aktualisiert bid Ende Januar die Verkehrsprognose.
Der Bezirk Ústí stellt Unterlagen seiner Planung zur Verfügung, insbesondere die dortigen Verkehrsprognosen.
Der Bürgermeister wird gebeten, die Beteiligten bei weiterem Informationsbedarf in Anspruch zu nehmen.
Der Vorentwurf wird im Falle der Wiederaufnahme der Planungen aktualisiert bzw. an die bauliche und verkehrliche Situation angepasst.

Herr BM Mühle hat sich bereit erklärt, das Vorhaben (S159) erneut in den Stadtrat einzubringen. Die Verlegung der S159 wurde bereits 2008 geprüft und ist nicht zu rechtfertigen.
Der Freistaat wird nunmehr das Votum des Stadtrates abwarten und in Abhängigkeit vom Ergebnis über das weitere Vorgehen entscheiden.

Aufgestellt:
Henrik Saske